

UK stoppt Handelsverhandlungen mit Israel und ruft Botschafter ein

Großbritannien hat die Handelsverhandlungen mit Israel aufgrund der Militäraktion in Gaza und der Gewalt von Siedlern im Westjordanland gestoppt. Der israelische Botschafter wurde einbestellt.



Das Vereinigte Königreich hat die Handelsgespräche mit Israel aufgrund der militärischen Operationen in **Gaza** sowie der Gewalt gegen Palästinenser in der Westbank ausgesetzt. Dies gab das britische Außenministerium am Dienstag bekannt.

Handelsgespräche offiziell pausiert

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FTA) zwischen dem Vereinigten Königreich und Israel sind mit sofortiger Wirkung auf „offizielle Pause“ gesetzt worden. Das britische Außenministerium erklärte, dass es „nicht möglich ist,

die Gespräche über ein neues, verbessertes FTA mit einer Netanyahu-Regierung voranzutreiben, die gravierende politische Maßnahmen in der Westbank und Gaza verfolgt.“

Einberufung des israelischen Botschafters

Der israelische Botschafter im Vereinigten Königreich, Tzipura Hotovely, wurde ebenfalls aufgrund der militärischen Offensive in Gaza ins britische Außenministerium einberufen. Minister für den Nahen Osten Hamish Falconer betonte: „Heute werde ich Botschafterin Hotovely die Ablehnung der Regierung gegen die völlig unverhältnismäßige Eskalation militärischer Aktivitäten in Gaza darlegen und betonen, dass die 11-wöchige Blockade der Hilfen für Gaza grausam und nicht zu rechtfertigen war. Ich werde Israel auffordern, die Siedlungsexpansion und die Gewalt von Siedlern in der Westbank zu stoppen.“

Einhaltung des Völkerrechts gefordert

Falconer fügte hinzu: „Israel muss seinen Verpflichtungen nach dem internationalen humanitären Recht nachkommen und die vollständige, rasche, sichere und uneingeschränkte Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung in Gaza sicherstellen. Die begrenzte Menge an Hilfsgütern, die eintrifft, ist einfach nicht ausreichend.“

Weitere Sanktionen angekündigt

Der britische Außenminister David Lammy informierte die Abgeordneten am Dienstag, dass die britische Regierung im Oktober sieben Institutionen sanktionieren werde. „Hier müssen wir ebenfalls mehr tun. Heute verhängen wir daher Sanktionen gegen drei weitere Personen und vier Institutionen, die in die Siedlerbewegung verwickelt sind.“

Lammy betonte: „Wir werden weiterhin gegen diejenigen vorgehen, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen

begehen.“

Dies ist eine sich entwickelnde Nachricht und wird aktualisiert werden.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at